

Armut - Licht in den Schatten

Liebe SoVDler, liebe Freunde,

„Die Armutsgefährdung ist mitten unter uns“

Deutlicher hättet Ihr gar nicht sagen können, was uns als Gesellschaft in ganz Deutschland bewegt.

Und was uns Corona wie in einem Brennglas erneut vor Augen führt.

Dabei ist es inzwischen mehrfach amtlich bestätigt: Die soziale Spaltung steigt dramatisch.

Erst kürzlich hat uns dies der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung erneut vor Augen geführt

So ist die Armutsrisikoquote (60 Prozent des Mittleren Einkommens) seit 2000 kontinuierlich auf inzwischen über 16 Prozent gestiegen.

Das sind 13 Mill. Menschen, die in Deutschland durch das Armutsrisiko gefährdet sind.

Wenig überzeugend sind Beschwichtigungsversuche, dass ja auch gleichzeitig die Einkommen insgesamt zugenommen haben.

Für die vielfach schwer arbeitenden Menschen ist es eine Frage der Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit, wenn sie immer weniger am Einkommenszuwachs beteiligt sind.

Auf der anderen Seite bleibt der Anteil der Einkommensreichen seit Jahren auf gleichem Niveau.

Besonders krass ist die Ungleichverteilung beim Vermögen:

So besitzen 10 Prozent der Haushalte in Deutschland 60 Prozent des Netto-Gesamtvermögens.

Die unteren 20 Prozent haben überhaupt kein Vermögen.

Und knapp 10 Prozent der Haushalte haben „negatives Vermögen“. Sie sind im Klartest verschuldet.

Dies darf nicht so bleiben!

Deshalb unterstütze ich die Kampagne zum Armutsschatten mit voller Überzeugung.

Und dies umso mehr, da in zwei Tagen mit den Bundestagswahlen die Weichen auch in der Sozial- und Verteilungspolitik neu gestellt werden.

Liebe Freunde,

Ausschlaggebend für den Anstieg des Armutsschattens- ohne und mit Corona Pandemie- sind:

Niedriglöhne, prekäre Beschäftigung, Langzeitarbeitslosigkeit und Armut

Sie verharren seit Jahren auf hohem Niveau und steigen erneut.

Ursula Engelen-Kefer

Nach Angaben der Bundesregierung haben etwa 4 Millionen Beschäftigte ein Einkommen unter 2000 Euro – mithin weniger als zwei Drittel des Mittleren Einkommens

Und sind damit Niedriglohnbezieher

Gerade hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung darauf hingewiesen:

So viele Menschen mit Niedriglöhnen wie in Deutschland gibt es in keinem anderen Europäischen Land mit vergleichbarer Wirtschaft.

Und auch unsere Zukunft liegt im Armutsschatten:

2,8 Millionen Kinder in Deutschland leben in Armut.

So ist der Bildungsweg von Kindern und damit ihre und unsere zukünftige Perspektive in der Gesellschaft immer noch abhängig von Bildung und sozialer Lage der Eltern.

Dies hat sich durch und mit Corona und den langen Schließungen von Kitas und Schulen weiter verschärft.

Wir wissen doch: Gerade Kinder aus sozial schwachen und armen Haushalten sind häufig gar nicht in der Lage, an den digitalen Bildungsangeboten, sofern sie überhaupt vorhanden sind, teilzuhaben.

Zudem hören wir täglich die Warnungen von Experten über die bleibenden seelischen und gesundheitlichen Schäden der Kinder durch die langen Einschränkungen der sozialen Kontakte.

Es ist daher nicht nachvollziehbar, dass sich die Bundesregierung nicht zur Einführung einer Kindergrundsicherung in das Grundgesetz durchringen konnte.

Wir haben uns als SoVD mit voller Überzeugung einem breiten Bündnis für eine Kindergrundsicherung angeschlossen.

Ich könnte diese traurige Analyse des Armutsschattens in unserer wohlhabenden Gesellschaft weiter fortsetzen

Dies habt Ihr jedoch in den verschiedenen Orten Eurer Kampagne zum Armutsschatten und vor allem mit der praktischen Unterstützung durch Euren Armutsrechner bereits viel eindrucksvoller dargestellt:

Mit den unterschiedlichen Armutsrisiken insbesondere für Alleinerziehende, Geringqualifizierte, Kranke, Pflegebedürftige, Erwerbsgeminderte, Behinderte.

Ich will mich damit beschäftigen:

Was ist zu tun? Um Armut bei Arbeit und im Alter wirksam zu bekämpfen.

Dies müssen wir gerade mit Blick auf die anstehenden Bundestagswahlen und die neue Bundesregierung mit umso größerer Nachhaltigkeit einfordern.

I. Arbeit

Dabei ist eindeutig: Arbeit und Rente gehören untrennbar zusammen.

Erforderlich sind zunächst einmal: gute Arbeit mit Sozialversicherung und Tarifbedingungen, faire Löhne sowie humane Arbeitsbedingungen.

(1) Minijobs

Unabdingbare Voraussetzung ist der Ersatz der Minijobs durch sozialversicherungspflichtige Arbeit.

Dies ist keine „Petitesse“, sondern eine in Europa einmalige Armutsfalle für über 7 Millionen Menschen, davon zwei Drittel Frauen.

Deshalb gilt: Armut bei Arbeit und im Alter ist vorwiegend weiblich! Und muss auch da bekämpft werden.

Diese Forderung schleppen wir schon Jahrzehnte erfolglos vor uns her. Dazu ist jetzt die neue Bundesregierung dringend gefordert.

(2) Mindestlohn

Eine weitere wesentliche Voraussetzung ist die Erhöhung der gesetzlichen Mindestlöhne.

Um Armut bei Arbeit und im Alter zu verhindern, wäre ein Mindestlohn von 13 Euro erforderlich, der jährlich anzupassen ist.

Die jetzt beschlossene Erhöhung von 9,60 auf 10,45 Euro Mitte 2022 reicht bei Weitem nicht aus und ist dringend nachzubessern.

Gerade hat eine Untersuchung im Auftrag der Hans Böckler Stiftung festgestellt:

Bei einem Mindestlohn von 12 Euro würden 8 Millionen Beschäftigte einen höheren Lohn erhalten

Die Wirtschaftsleistung würde langfristig um 50 Mrd. Euro im Jahr wachsen.

Die Staatseinnahmen um jährlich 20 Mrd. Euro erhöht.

Damit könnten die dringenden öffentlichen Investitionen finanziert werden.

(3) Arbeitslosenversicherung

Und die Arbeitslosenversicherung als Pflichtleistung vom Arbeitseinkommen muss wieder zur Regelleistung bei Arbeitslosigkeit werden.

Es ist doch ein Skandal, wenn derzeit nur noch 25 bis 30 Prozent der Arbeitslosen überhaupt Arbeitslosenversicherung beziehen.

Alle anderen erhalten gar nichts oder werden direkt in die entwürdigende Situation von Hartz IV durchgestellt.

Das kann so nicht bleiben. Deshalb müssen die Rahmenfristen der beitragspflichtigen Beschäftigung ausgeweitet und die Dauer der Arbeitslosenversicherungsleistungen verlängert werden.

(4) Grundsicherung

Auch die Grundsicherung bei Arbeit und im Alter muss dringend verbessert werden.

Zum einen müssen die Regelsätze deutlich erhöht werden und ein menschenwürdiges Leben mit gesellschaftlicher Teilnahme ermöglichen.

Es ist doch nicht zu rechtfertigen, dass Hartz-IV-Empfänger jahrzehntelang sparen müssten, um eine kaputte Waschmaschine oder andere dringend Konsumgüter zu ersetzen

Und sich keinen Besuch einer Gaststätte mehr leisten können.

Es ist doch nur noch empörend, wenn nach den Minischritten der Erhöhung der Regelsätze in den letzten Jahren jetzt noch eines draufgesetzt wird.

2022 soll die Erhöhung der Regelsätze zwischen 2 und 3 Euro betragen.

Auch die die rigorosen Sanktionen sind erheblich zu entschärfen.

Dies ist eine Bringschuld der Politik! Und sollte nicht erst eines Bundesverfassungsgerichtsurteils bedürfen, wie es kürzlich erfolgt ist.

Auch sind für die Corona Ausgaben an Hartz-IV-Empfänger 100 Euro zusätzlich pro Monat zu leisten. Die inzwischen erfolgten Einmalzahlungen von 150 Euro sind ein Tropfen auf den heißen Stein.

II. Rente

(1) Gesetzliche Rente

Zur Bekämpfung der Armut im Alter gehört auch:

Die gesetzliche Altersrente muss wieder maßgeblich den Lebensstandard sichern.

Und muss auf das Niveau vor den willkürlichen Verschlechterungen durch die Riester Reformen angehoben werden.

Die kapitalorientierte Riesterrente hat sich nicht bewährt und die Benachteiligung der einkommensschwächeren Menschen noch vergrößert.

Profitiert haben von der großzügigen steuerlichen Förderung der Riesterrente vor allem die Besser Verdienenden.

Zur gerechten Finanzierung sind alle Erwerbstätigen in die gesetzliche Rentenversicherung einbeziehen, mithin zunächst auch Selbständige und Politiker

(2) Aktienrente

Die im Wahlprogramm der FDP vorgeschlagene Aktienrente wäre ein erneuter Tiefschlag gegen die Mehrheit der Arbeitnehmer.

Danach sollen 2 Prozent der Pflichtbeiträge für die gesetzliche Rente für eine Aktienrente verwendet werden.

Damit würde die gesetzliche Rente und damit die Lebensgrundlage der überwiegenden Mehrheit der Rentner weiter verschlechtert.

Für die Banken und Lebensversicherungen wäre dies ein besonders kräftiges Zubrot auf Kosten der Arbeitnehmer.

(3) Grundrente

Auch die seit Anfang des Jahres eingeführte Grundrente zur Bekämpfung der Altersarmut muss dringend nachgebessert werden.

Vor allem ist die Einkommensanrechnung abzuschaffen.

Es ist doch nicht nachzuvollziehen, dass die Aufstockung von mit Beiträgen aus Arbeit erworbenen Niedrigrenten vom Einkommen des Partners abhängig sein soll.

Die hierfür erforderlichen Abstimmungen mit den Finanzbehörden bedeutet, dass Millionen betroffene Armutsrentner zunächst gar nichts erhalten.

Gerade für sie ist jedoch die Grundrente lebenswichtig, auch um sie nach jahrzehntelanger Arbeit mit Niedriglohn vor dem Gang zum Sozialamt zu bewahren.

Fazit:

Liebe Freunde, Eure Kampagne zum Armutsschatten und diese wenigen Beispiele für dringende Handlungsperspektiven zur Bekämpfung von Armut machen deutlich: Sozialstaat und Soziale Sicherung dürfen nicht weiter abgebaut, sondern müssen im Gegenteil aufgebaut werden. Dies gilt auch für die erheblichen Nachholbedarfe bei der Sozialen Infrastruktur und den sonstigen Sozialleistungen. **Erforderlich dazu sind eine gerechte Steuerpolitik durch die Erhöhung der Spitzensteuersätze und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer sowie die Abschaffung der rigorosen Schuldenbremse im Grundgesetz.**

Ursula Engelen-Kefer

Hierfür müssen wir am Sonntag mit unseren Wahlentscheidungen die politischen Weichen stellen.